

Fokus auf Tierbildern

Vernissage: „Schollenbergers Tierleben“ im Alten Rathaus. ► SEITE 7

VfK: Freier Eintritt als Dank

Wer gegen AV 03 Speyer da war, zahlt nichts gegen Thaleischweiler. ► SEITE 7

„Gemeinsam Segen sein“

Katholikentag: 1.500 Menschen feiern festlichen Gottesdienst. ► SEITE 9

Mittwoch, 25. September 2024 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

120. Jahrgang · Nr. 224

WETTER

Heute



13° – 20°

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

Erfolgreicher Abschluss des Förderprojekts „Rhythmus der Zukunft: 100 Trommeln für kleine Talente“

Am Montag, den 23. September 2024, fand im Rathaus in Waldsee die feierliche Abschlussveranstaltung des Förderprojekts „Rhythmus der Zukunft: 100 Trommeln für kleine Talente“ statt. Bei dieser letzten Übergabe wurden die verbleibenden Trommeln an die Kindertagesstätten in Waldsee überreicht. groß wird: So gelingt Ihnen der Abschied.“

► SEITE 9

HEUTE IM TAGBLATT



INHALT

| | |
|----------|----|
| Lokal | 7 |
| Notrufe | 8 |
| Sudoku | 8 |
| Rätsel | 8 |
| Roman | 10 |
| Anzeigen | 12 |

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690
www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:
Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:
Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:
Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:
www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien
www.facebook.com/schifferstadter.tagblatt
Instagram
@schifferstadtertagblatt
linkedin
www.linkedin.com/company/schifferstadtertagblatt
WhatsappKanal

Öffnungszeiten des Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:
8 bis 11 Uhr.

Telefonisch erreichen Sie uns:
Montag bis Freitag von
8 bis 12 Uhr.
Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.



Foto: dpa

Auch draußen rauchfrei?

Die EU-Kommission dringt auf Verbote unter freiem Himmel. Die Tabakbranche protestiert. ► WIRTSCHAFT

Zivilisten zwischen den Fronten

Der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah trifft zunehmend auch die Bevölkerung im Libanon

BEIRUT/TEL AVIV (dpa). Trotz der hohen Zahl ziviler Opfer hat Israel seine massiven Luftangriffe auf die Hisbollah-Miliz im Libanon fortgesetzt. Seit Montag wurden dabei nach Angaben der libanesischen Behörden mindestens 558 Menschen getötet, darunter 50 Kinder, 94 Frauen und 4 Sanitäter. Zudem seien 1835 Menschen verletzt worden.

Erneut Bomben auf Stellungen und Waffenlager

Zehntausende Menschen waren vor allem aus dem Südlibanon Richtung Norden auf der Flucht. Straßen waren Berichten zufolge verstopft, Krankenhäuser überfüllt und Menschen in Panik. Israel rief unterdessen wie schon am Vortag Menschen im Südlibanon zur Flucht auf, falls sie in der Nähe von Raketenabschussrampen oder Waffenlagern der Hisbollah wohnten. Die israelische Luftwaffe bombardierte erneut Stellungen und Waffenlager der Hisbollah, die nach israelischer Darstellung mit Absicht oft in

Wohngebieten liegen. Die Hisbollah will mit ihren im vergangenen Oktober begonnenen Angriffen nach eigenen Angaben die Hamas im Gazastreifen unterstützen.

Israels Generalstabschef Herzi Halevi kündigte eine weitere Verschärfung der massiven Angriffe im nördlichen Nachbarland an. Bei einer Beratung sagte Halevi nach Militärangaben: „Wir dürfen der Hisbollah keine Pause gewähren.“

Wir müssen mit aller Kraft weitermachen.“ Israel will erreichen, dass sich die Miliz wieder hinter den 30 Kilometer von der Grenze entfernten Litani-Fluss zurückzieht – so wie es die UN-Resolution 1701 vorsieht.

Bei den Angriffen wurden nach Angaben von Verteidigungsminister Joav Galant Zehntausende Raketen der Hisbollah zerstört. Vor Beginn ihrer Angriffe am 8. Oktober

wurde das Waffenarsenal der Miliz auf 150.000 Raketen, Drohnen und Marschflugkörper geschätzt.

Bei einem neuerlichen israelischen Luftangriff in einem Vorort der libanesischen Hauptstadt Beirut wurden mindestens sechs Menschen getötet, wie das libanesisches Gesundheitsministerium mitteilte. Israels Militär teilte ohne weitere Details mit, einen „gezielten Angriff“ in Beirut durchgeführt zu haben. Er soll dem Leiter der Raketeneinheit der Hisbollah-Miliz gegolten haben, meldeten mehrere israelische Medien unter Berufung auf Verteidigungsbeamte. Es war demnach zunächst unklar, ob dieser verletzt oder getötet wurde.

UN-Generalsekretär António Guterres warnte vor einer weiteren Eskalation. „Das libanesisches Volk und die Menschen auf der ganzen Welt können es sich nicht leisten, dass der Libanon zu einem zweiten Gaza wird“, sagte er in New York. Guterres hat mehrfach die israelische Kriegsführung in Ga-

za kritisiert. Frankreich beantragte wegen der Eskalation eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats für diese Woche. Allerdings ist das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen durch politische Konflikte nur eingeschränkt handlungsfähig.

„Wir dürfen der Hisbollah keine Pause gewähren. Wir müssen mit aller Kraft weitermachen.“

Herzi Halevi, Israels Generalstabschef

Die Hisbollah, die im Libanon praktisch wie ein Staat im Staate agiert, reagierte ihrerseits mit heftigen Raketenangriffen auf israelisches Gebiet. Unter anderem habe sie den Militärflughafen Megiddo westlich von Afula angegriffen und erneut auch den Militärstützpunkt Ramat David nahe der Küstenstadt Haifa. Über Opfer wurde zunächst nichts bekannt.



Ein Mann im libanesischen Wadi al-Kfour beklagt die Zerstörung durch israelische Luftangriffe. Foto: dpa

Selenskyj schürt Hoffnung auf Sieg

Der ukrainische Präsident wirbt rund um den Gipfel der Vereinten Nationen für mehr Unterstützung

NEWYORK (dpa). Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj geht davon aus, dass der Krieg in seinem Land gegen den Angreifer Russland im kommenden Jahr beendet werden kann. „Entschlossenes Handeln jetzt kann ein faires Ende der russischen Aggression gegen die Ukraine im nächsten Jahr beschleunigen“, schrieb Selenskyj auf der Plattform X nach einem Treffen mit einer überparteilichen Delegation des US-Kongresses. „Unser Siegesplan wird dazu beitragen, Russland

praktisch zum Frieden zu zwingen.“

Selenskyj will sein Vorhaben rund um den UN-Gipfel in New York in Gesprächen und möglicherweise auch öffentlichen Reden vorstellen. Damit will er sich zusätzliche Unterstützung der Verbündeten sichern. Einem Bericht der britischen „Times“ zufolge enthält der Plan die Forderung nach westlichen Sicherheitsgarantien ähnlich denen einer Nato-Mitgliedschaft. Zudem sollen nicht näher genannte Waffen und weitere Finanzhil-

fen angefordert werden. Selenskyj soll an diesem Mittwoch voraussichtlich in der UN-Generalversammlung sprechen. US-Präsident Joe Biden wird ihn zudem im Weißen Haus empfangen.

Selenskyj sagte nach dem Treffen mit der Delegation des US-Kongresses: „Jetzt, am Ende des Jahres, haben wir eine echte Chance, die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten zu stärken.“ Er warb auch um Investitionen in den angeschlagenen Energiesektor.

Im Osten des Landes steht das ukrainische Militär nach eigenen Angaben weiter unter Druck. Während den Ukrainern selbst von unabhängigen Beobachtern bescheinigt wird, den Vormarsch der Russen auf das strategisch wichtige Pokrowsk abgebremszt zu haben, bleibt die Lage nahe dem weiter südlich gelegenen Kurachowe gefährlich für die Verteidiger. Durch Vorstöße russischer Truppen bei der Bergarbeiterstadt Hirnyk droht dort mehreren Einheiten die Einkesselung.



„Entschlossenes Handeln jetzt kann ein faires Ende der russischen Aggression gegen die Ukraine im nächsten Jahr beschleunigen“: Wolodymyr Selenskyj am Rande der UN-Generaldebatte. Foto: dpa

BKA verstärkt Personenschutz

BERLIN (epd). Das Bundeskriminalamt (BKA) stockt die Zahl seiner Personenschützer auf. Grund sei die wachsende Gefährdung von Spitzenpolitikern, sagte BKA-Präsident Holger Münch. Im Moment gebe es im Bereich Personenschutz mehr als 500 Beamte beim BKA. „Im Bundestagswahljahr sollen 100 hinzukommen. Und danach noch einmal 100. Die Abteilung wächst also.“ Das habe nicht allein mit wachsenden Gefahren im Inland, sondern auch im Ausland zu tun – etwa mit dem Ukraine- oder dem Gaza-Krieg. Die Behörde ist für den Schutz des Bundespräsidenten, des Kanzlers, der Bundesminister sowie der führenden Bundestagsabgeordneten zuständig.



KOMMENTARE



**Israels Eskalation:
So wird es
keinen Frieden geben**

Von Tobias Goldbrunner
tobias.goldbrunner@vrm.de

Ein Frieden in Nahost – er ist weiter weg denn je. Israel lässt den Konflikt eskalieren. Mit voller Absicht. Premierminister Benjamin Netanyahu will die vermeintliche Gelegenheit nutzen, die Hisbollah im Libanon zur Kapitulation zu zwingen. Um sich auf Gaza zu fokussieren. Doch die Israelis verrennen sich, so schnell wird die Hisbollah nicht aufgeben. Auch wenn die Miliz geschwächt wurde. Die Hisbollah erhält noch genug Nachschub, vor allem aus dem Iran. Die Folge: Verheerende Gegenschläge. Auf beiden Seiten. Immer und immer wieder. Mit schrecklichen Verlusten in der Zivilbevölkerung. Die Flüchtlingszahlen werden in die Höhe schnellen. Um es noch mal zu betonen: Ja, Israel wurde am 7. Oktober 2023 angegriffen. Die Antwort war nachvollziehbar. Doch auf Dauer führt die aktuelle Strategie nicht zum Frieden. Ganz im Gegenteil. Netanyahu wirkt nicht mal bereit für eine Feuerpause, stattdessen will er seine Macht mithilfe von militärischer Stärke untermauern – eine Macht, die schwindet. Die große Frage lautet: Wie agieren die Verbündeten? Das Tragische für die Menschen vor Ort: Sowohl der Iran als auch die USA haben genug eigene Probleme, um die sie sich kümmern. Der Iran leidet unter einer massiven Wirtschaftskrise, die USA stecken in der heißen Phase ihres Wahlkampfes. Das dämpft die Hoffnungen auf eine diplomatische Lösung. Doch nur über die Politik besteht die Chance, dass die Region wieder zur Ruhe kommt. Der Anfang dafür muss in Gaza erfolgen. Die Hisbollah und die Huthi-Rebellen aus dem Jemen haben zugesichert, dass sie ihre Waffen schweigen lassen, wenn es in Gaza eine Feuerpause gibt. Nun ist Israel gefordert.



**Viele schätzen ihre
Ernährung besser ein,
als sie ist**

Von Leonie Rothacker
leonie.rothacker@vrm.de

Der Anteil von Bio-Produkten am Lebensmittelumsatz in Deutschland lag im Jahr 2022 laut dem Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft bei 6,3 Prozent. Glaubt man den Selbsteinschätzungen der Befragten im am Dienstag vorgestellten Ernährungsreport des Ministeriums von Cem Özdemir, muss dieser Anteil bis 2024 allerdings schlagartig auf 70 Prozent gestiegen sein. Ebenfalls 70 Prozent geben an, fair gehandelte Lebensmittel zu wählen. 2023 lagen die Marktanteile der beiden umsatzstärksten Fairtrade-Produktkategorien, Kaffee und Kakao, laut Fairtrade Deutschland aber bei fünf beziehungsweise 17 Prozent. Ein plötzlicher Anstieg des nachhaltigen Konsums? Wahrscheinlicher ist, dass die Befragten ihr eigenes Kaufverhalten falsch einschätzen. „Soziale Erwünschtheit“ ist das Phänomen, Selbstaussagen so zu beantworten, dass die eigenen Aussagen weniger dem realen Verhalten und dafür stärker sozialen Erwartungen entsprechen. Dass es hier am Werk war, ist naheliegend – auch, weil sehr viele Befragte bei den Fragen zu Ernährungspolitik und -wirtschaft im Report zeigen, dass sie durchaus begriffen haben, wie wichtig diese und andere Maßnahmen im Kampf gegen Klimawandel und Tierleid sind. Der Überzeugung müssen Taten folgen. Hilfreich wäre dafür, sich selbst einzugestehen, dass man noch nicht so viel zur Lösung dieser Probleme beiträgt, wie man gerne würde. Dann kann man sich Schritte überlegen, wie der eigene Konsum nachhaltiger werden kann. Hilfreich wäre außerdem ein Ministerium, das seine Fragebögen an verzerrende Phänomene anpasst und zum Beispiel stattdessen danach fragt, wie viele Bio-Lebensmittel jemand bei seinem letzten Einkauf tatsächlich gekauft hat.

PRESSESTIMME

De Volkskrant

Die niederländische Zeitung schreibt zu Volkswagen:

Der Hauptgrund für die Schwierigkeiten von Volkswagen und anderen deutschen Automobilherstellern ist die Konkurrenz aus China. Es ist verständlich, dass Habeck etwas dagegen unternehmen will... Staatliche Beihilfen, ob sie nun auf nationaler oder europäischer Ebene gewährt werden, landen allerdings nicht unbedingt bei den richtigen Unternehmen. Statt innovative Firmen zu fördern, wird Geld an jene ausgezahlt, die nicht rasch genug auf Erneuerung gesetzt haben. Wie Volkswagen... Habeck ist nicht verpflichtet, die deutsche Autoindustrie so groß und stark zu halten, wie sie es heute ist.



Karikatur: Gerhard Mester

Von wegen Beschützer

Die AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg instrumentalisiert Kinder in den sozialen Netzwerken

Von Puja Karsazy

STUTTGART. „The kids want remigration und Eis“: Dieser Spruch steht in schwarzen Großbuchstaben in einem Beitrag auf der Instagram-Seite der Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland (AfD) Baden-Württemberg. Unter dem Post konkretisiert der Verfasser, welche Botschaft er genau mit dem Satz kundtun möchte: „Kinder wollen kein Maoam. Sie wollen Remigration, gepaart mit einer Kugel Eiscreme. Für unser aller Wohl, aber vor allem dem Kinderwohl zuliebe: Remigration jetzt ist das Gebot der Stunde. Damit Sie keine Angst um Ihre Liebsten in deutschen Freibädern haben müssen.“ Die Hashtags sind unter anderem „#abschiebewelle“, „#wirpassenauf“ oder „#remigration“. Veröffentlicht wurde das Posting am 31. August 2024. Hinter dem Post der Landtagsfraktion könnte jedoch viel mehr stecken.

Hier soll eine rechtsextreme Agenda harmlos verpackt werden, ordnet Markus Linden, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Trier, den Beitrag der AfD-Landtagsfraktion ein. Laut Linden ist dieser ein typisches Beispiel für die Kampagnen der AfD im Netz. Die Provokation sei an aktuelle Debatten angehängt und spiele mit Pseudo-Humor. Besonders brisant: Der Beitrag werde über Steuermittel finanziert. Denn Urheberin ist augenscheinlich die Landtagsfraktion.

**Mädchen zeigt das
„White-Power-Zeichen“**

Vor allem die Handhaltung des abgebildeten Mädchens fällt dem Politikwissenschaftler ins Auge: „Das abgebildete Kind zeigt offen das in neonazistischen, neurechten und rechtsextremen Kreisen als Erkennungszeichen fungierende White-Power-Zeichen.“ Es handelt sich bei dem Zeichen laut Linden um ein rassistisches Symbol für die vermeintliche Überlegenheit und die angestrebte Vorherrschaft der sogenannten „Weißen Rasse“. Auch sei das Symbol schon im terroristischen Zusammenhang benutzt worden. Der Verfasser spiele im Post mit der Doppeldeutigkeit zum



Die AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg steht im Fokus der Berichterstattung. Auffällig sind ihre Beiträge in den sozialen Netzwerken. Foto: dpa

Taucherzeichen „Okay“. Ob das Mädchen auf dem Foto ein KI-generiertes Bild ist, kann abschließend nicht geklärt werden.

Wer genauer hinschaut, kann in den Buchstaben A der Wörter „want“ und „remigration“ Wachtürme erkennen. Sie können laut Linden dreierlei bedeuten: einfache Aufsichtstürme, wie sie in Badeanstalten stehen, Posten an Landesgrenzen oder gar Wachtürme in Lagern. „Hier wird ein Kind als Übermittlerin eines rechtsextremen und rassistischen Inhalts instrumentalisiert“, stellt der Politikwissenschaftler fest.

**Solidarität mit
der Identitären Bewegung**

Englisch und AfD? Die Partei, die von sich behauptet, die deutsche Sprache schützen zu wollen, nutzt Englisch? Dass der Spruch nicht auf Deutsch verfasst wurde, sei kein Zufall, sagt Linden. Es handle sich um einen Mottospruch der Identitären Bewegung, den diese Vorfelddorganisation der AfD vor Kurzem auf einer Demonstration in Wien plakatierte. Die Landtagsfraktion der AfD zeige damit ihre Solidarität und Verbundenheit mit der verfassungsfeindlichen Identitären Bewegung, obwohl diese offiziell auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD

stehe, erläutert Linden. Außerdem ist laut Linden die AfD Teil einer internationalen rechtsextremen Bewegung, also wird auch Englisch gesprochen.

**Haribo-Werbeslogan
umgewandelt**

Und noch etwas fällt auf: Die AfD-Landtagsfraktion hat sich den bekannten Werbeslogan „Was wollen wir? Maoam!“ des deutschen Süßwarenherstellers Haribo zu eigen gemacht beziehungsweise diesen abgewandelt. „Kinder wollen kein Maoam. Sie wollen Remigration, gepaart mit einer Kugel Eiscreme“, schreibt die Fraktion. Haribo antwortet auf Nachfrage dieser Redaktion, dass sie „auf Social-Media-Posts, die mit unseren Produkten oder unseren Werbebotschaften veröffentlicht werden, keinen Einfluss“ haben. Das gelte auch, wie in diesem Fall, für Abwandlungen ihrer Werbebotschaften. Zu etwaigen rechtlichen Schritten gegen die Partei wollte sich Haribo nicht weiter äußern.

Für Linden hat die Rhetorik der AfD System: Sie habe Kinder und Jugendliche als Zielgruppe entdeckt. „Hierfür war die TikTok-Strategie des ehemaligen Europa-Spitzenkandidaten Krahwegweind“, erläutert der Politikwissen-

schaftler. Gleichzeitig instrumentalisiere man Kinder, indem man sich regelmäßig als deren Beschützer inszeniere. Hierfür steht laut Linden unter anderem das Verhalten von Rockergruppen „Pate“, die in der Vergangenheit schon publikumswirksam bei Prozessen, in denen Straftaten gegen Kinder verhandelt wurden, aufgetaucht sind. Aus diesem Milieu stamme auch eine Person, die heute beim verschwörungstheoretischen Sender Auf1 auftritt und rechtsextreme Propaganda in pink präsentiert. Er nenne sich „Love Priest“. An dessen Außendarstellung sei der AfD-Beitrag klar angelehnt, sagt Linden. „Der Post selbst kommt harmlos daher, ist aber perfide und offen rechtsextrem gestaltet“, resümiert Linden. Für eine Landtagsfraktion sei das eher untypisch und zeige, dass aktuelle Versatzstücke der Identitären-Bewegung- und Neonazi-Außendarstellung von der AfD offen übernommen werden. „Intendiert ist ein schleichernder Gewöhnungseffekt für totalitäre Propaganda, die scheinbar als Witz verpackt wird.“

Weder die AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg noch die Bundes-AfD haben sich trotz mehrmaliger Nachfrage dieser Redaktion auf Fragen und einer Bitte um Stellungnahmen gemeldet. Linden überrascht das nicht: „Die AfD sucht keine sachliche Auseinandersetzung, sondern setzt derartige Posts ein, um sich danach als Opfer einer Pressekampagne zu inszenieren.“ Der Beitrag ist nicht nur wei-

terhin auf der Instagram-Seite aufrufbar, auch hat der Verfasser weitere Beiträge veröffentlicht, die offenkundig Kinder instrumentalisieren.

**Botschaft „Festung Europa“
durch Kinder transportiert**

So setzt die Landtagsfraktion am 29. August 2024 einen Post ab, auf dem zwei blonde Kleinkinder zu sehen sind, die an einem Strand im Sand sitzen und zwei Sandburgen gebaut haben. „Festung Europa“ steht dazu in Großbuchstaben. „Grenzen schützen heißt Kinder schützen!“, und „Schluss mit importierter Kriminalität. Schluss mit alimentierten Messerännern“, kommentiert die AfD diesen Beitrag. Die Marschroute des Spruchs ist von der Parteispitze vorgeschrieben. Der nach einem Versprechen klingende Slogan „Wir passen auf“ ist auch hier wieder zu lesen.

Zum Schulstart nach den Sommerferien gibt sich die AfD-Landtagsfraktion erneut als Beschützerin der Kinder aus. „Sichere Schulwege durch Sichere (sic!) Grenzen“ steht auf einem Foto, auf dem ein Schulkind mit einem Rucksack von hinten zu erkennen ist und vermutlich zur Schule läuft. Dazu passt auch ein auf dem Instagram-Kanal der AfD-Landtagsfraktion veröffentlichtes Video des AfD-Abgeordneten Miguel Klauß vom 19. September. Er spricht von eskalierender Gewalt an Schulen. Mehr Schulpsychologen, wie sie laut Klauß die sogenannten „Altparteien“ gefordert haben sollen, bezeichnet er hierin als „Quatsch“. Die Bildung lasse sich nur dann stärken, wenn die Schulklassen wieder einigermaßen „homogen“ werden, wie der AfD-Politiker im Video behauptet.

ZUR PERSON

► Prof. Dr. Habil. Markus Linden ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier. Er forscht zu den Themen Theorie und Empirie der Demokratie, neue Rechte und Rechtspopulismus sowie digitale Alternativen und Verschwörungstheorien.



Markus Linden
Foto: Universität Trier



Viele Menschen im Libanon packen derzeit das Nötigste ein und machen sich auf den Weg in die Hauptstadt Beirut – oder auch nach Syrien.
Foto: dpa

Massenflucht in ein Bürgerkriegsland

Aus Angst vor israelischen Angriffen strömen viele Menschen aus dem Libanon nach Syrien – eine Chance für den dortigen Machthaber Bashar al-Assad, sich zu profilieren

AUFRUF ZUM SCHUTZ DER ZIVILISTEN

► Das UN-Menschenrechtsbüro hat sich tief besorgt gezeigt über die Eskalation der Auseinandersetzung zwischen Israel und der Miliz Hisbollah im Libanon. Es rief alle Akteure und Regierungen, die Einfluss auf die Parteien haben, auf, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts anzunehmen. Das UN-Menschenrechtsbüro verweist darauf, dass der Schutz von Zivilisten nach dem humanitären Völkerrecht höchste Priorität hat. Angreifer müssten zwischen Kämpfern und Zivilisten sowie militärischen und zivilen Zielen unterscheiden und alles daran setzen, Zivilisten zu verschonen.

► Es müsse stets das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Das heißt, bei Angriffen muss abgewogen werden, ob der erhoffte militärische Vorteil im Verhältnis zu möglichen zivilen Opfern steht. Das UN-Menschenrechtsbüro verweist auf die Verpflichtungen von Konfliktparteien. Es weist auf mögliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht hin. Die definitive Feststellung, ob eine bestimmte Aktion eines Konfliktparteinnehmers das humanitäre Völkerrecht verletzt oder nicht erfolgt durch internationale Gerichte.

ISRAEL: BÜRGER MÜSSEN BEREIT SEIN

► Nach den massiven Luftangriffen im Libanon müssen Israels Bürger sich nach Angaben des Heimatschutzes landesweit auf mögliche Gegenangriffe der libanesischen Hisbollah-Miliz vorbereiten. Ein Sprecher des Heimatschutzes sagte der Nachrichtenenseite „ynet“, die Einwohner des Landes sollten darauf vorbereitet sein, im Fall von Raketenangriffen Schutzräume aufzusuchen.

► Besondere Anweisungen gelten weiterhin im Bereich nördlich der Hafenstadt Haifa. Dort findet auch kein Schulunterricht statt. Die Strände sind dort geschlossen. Im Fall von Sirenen im Großraum Tel Aviv hätten die Menschen bei Angriffen aus dem Libanon anderthalb Minuten Zeit, Schutzräume aufzusuchen, sagte der Heimatschutz-Sprecher.

Von Thomas Seibert

BEIRUT. Sie packen das Nötigste in ihre Autos und machen sich auf den Weg: Zehntausende Menschen fliehen vor den israelischen Luftangriffen im Süden und Osten des Libanon. Viele wollen in die Hauptstadt Beirut, andere fahren über die Grenze nach Syrien – das Bürgerkriegsland, aus dem Millionen Menschen geflohen sind, nimmt jetzt selbst Flüchtlinge auf. Für Machthaber Bashar al-Assad ist die Krise beim Nachbar Libanon eine Chance. Erst vor wenigen Tagen hatte er eine Amnestie erlassen, um Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. Jetzt will er zeigen, dass die von ihm beherrschten Teile Syriens sicher sind.

Bei den israelischen Luftangriffen auf Stellungen der Hisbollah-Miliz im Libanon waren am Montag fast 500 Menschen getötet worden; seit dem Ende

des Bürgerkrieges vor 34 Jahren kamen im Libanon an einem einzigen Tag nicht mehr so viele Menschen ums Leben. Israels Luftwaffe begann am Dienstag mit neuen Bombardements. Die Hisbollah teilte mit, sie habe als Antwort israelische Militäreinrichtungen mit Raketen beschossen. Israels Armee zählte über 50 Hisbollah-Geschosse, von denen die meisten abgefangen worden seien. Die Schiiten-Miliz verfügt trotz der Verluste der vergangenen Tage noch über tausende Raketen und Drohnen.

An den Grenzübergängen stauen sich die Fahrzeuge

Mehrere zehntausend Menschen mussten nach UN-Angaben seit Montag ihre Häuser verlassen. Die Zahl der Flüchtlinge wuchs demnach am Dienstag weiter an. Die oppositionsnahe Syrische Beobach-

tungsstelle für Menschenrechte, die ein Netz von Informanten in Syrien unterhält, berichtete von einem „Massen-Exodus“ aus dem Libanon nach Syrien. An den Grenzübergängen zwischen dem Libanon und Syrien stauten sich demnach die Fahrzeuge. Ziele der Flüchtlinge seien die Hauptstadt Damaskus im Süden Syriens sowie die Städte Tartus, Homs und Al-Kisir nahe der Nordgrenze des Libanon.

Zunächst war nicht bekannt, ob vor sich vor allem syrische Flüchtlinge im Libanon auf den Weg nach Syrien machten. Vor Ausbruch der jüngsten Krise lebten rund 1,5 Millionen Syrer im Libanon. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR waren rund 30.000 von ihnen grundsätzlich bereit, nach Syrien heimzukehren.

Assads Regierung lässt die Flüchtlinge offenbar ohne größere Schwierigkeiten ins Land.

Der syrische Staatschef hat sich bisher aus dem Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah herausgehalten, obwohl er im syrischen Bürgerkrieg die Hilfe von Hisbollah-Kämpfern erhalten hatte. Syrien gehört wie die Hisbollah und die Hamas zur „Achse des Widerstands“, einem Bündnis aus anti-israelischen und anti-amerikanischen Gruppen und Regierungen unter Führung des Iran.

Kurz vor den israelischen Luftangriffen im Libanon hatte Assad eine Amnestie für rückkehrwillige Syrer erlassen. Der Staat verzichtet nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Sana auf die Bestrafung von Syrern, die ihren Wehrdienst nicht abgeleistet haben und deshalb offiziell als Deserteure gelten. Ähnliche Amnestien hatte es bereits in den vergangenen Jahren gegeben.

Syriens nördlicher Nachbar

Türkei bemüht sich derzeit um eine Wiederannäherung an Assads Regime, um Flüchtlinge nach Hause schicken zu können. Auch einige EU-Staaten drängen auf die Rückkehr von Syrern aus Europa in ihr Heimatland. Syrien hatte dem UNHCR voriges Jahr zugesagt, die freiwillige Heimkehr von syrischen Flüchtlingen aus dem Ausland zu erleichtern.

Droht Heimkehrern Verfolgung und Folter?

Assad will nach Einschätzung von Osman Bahadir Dincer von der Bonner Denkfabrik Bicc sein internationales Ansehen verbessern, die Normalisierung mit anderen Staaten vorantreiben und der syrischen Wirtschaft aus der Krise helfen. „Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass diese Amnestie allein zu einer massenhaften Rückkehr von Geflüchteten

führt, weder aus der Türkei noch aus Europa“, sagte Dincer. Die meisten Syrer im Ausland misstrauten Assads Amnestien. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass Heimkehrer in Syrien von Polizei und Geheimdienst verfolgt, festgenommen, gefoltert und getötet worden sind.

Die Fluchtwelle aus dem Libanon gibt Assad nun die Möglichkeit, der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, dass eine Rückkehr nach Syrien ohne Gefahr möglich ist. An den fünf Grenzübergängen vom Libanon nach Syrien herrschte am Dienstag weiter Hochbetrieb, wie die US-Organisation Liveu-map bestätigte. Die Organisation, die internationale Krisen analysiert, berichtete über die Lage am Grenzposten Al-Masnaa, dem größten Übergang zwischen dem Libanon und Syrien: In Al-Masnaa gebe es einen „massiven“ Andrang.

Es geht vor allem um die Grenzregionen

Israel will Sicherheit für seine Bürger im Norden und fordert deshalb einen Rückzug der Hisbollah / Noch scheuen beide Konfliktparteien den offenen Krieg

Von Johannes Sadek, Sara Lemel und Arne Bänisch

BEIRUT/TEL AVIV. Nach heftigen Bombardements durch israelische Kampfflugzeuge mit Hunderten Toten und Verletzten werden im Libanon grauenhafte Erinnerungen wach. Israels Militär hat den Druck auf die Schiitenmiliz Hisbollah immer weiter erhöht und hat nun auch schwere Angriffe im Süden und Osten des Nachbarlandes geflogen.

Warum greift Israel die Hisbollah gerade jetzt so stark an?

Die Hisbollah beschießt Israel seit Beginn des Gaza-Kriegs vor fast einem Jahr an – nach eigener Darstellung aus Solidarität mit der verbündeten islamistischen Hamas im Gazastreifen. Rund 60.000 Einwohner des israelischen Nordens haben ihre Wohnorte deshalb verlassen. Israel will jetzt einen Rückzug der Hisbollah von der Grenze mit dem Libanon erreichen und die Rückkehr seiner Bürger in ihre Wohngebiete ermögli-

chen. Die rechtsreligiöse Regierung des Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu steht wegen der Situation im Norden intern massiv unter Druck. Ihr wurde vor Beginn der neuen Angriffe Untätigkeit gegenüber der Hisbollah vorgeworfen und dass sie den Norden Israels „aufgegeben“ habe.

Geht Israels Strategie auf?

Bisher gibt es keine Anzeichen, dass die Hisbollah sich dem erhöhten Druck des israelischen Militärs beugt. Die „New York Times“ berichtet unter Berufung auf israelische Regierungsvertreter, Israel habe gehofft, die Miliz durch die massiven Angriffe zu verunsichern und zum Rückzug zu zwingen. Bisher scheint aber das Gegenteil eingetreten zu sein. „Beide Seiten sind gefangen in einer Spirale der Eskalation“, schreibt Expertin Dana Stroul im Magazin „Foreign Affairs“.

Wie stark sind die beiden Konfliktparteien im Vergleich?



Flammen und Rauch sind nach einem israelischen Luftangriff im Khiam-Tal von der Stadt Marjayoun aus zu sehen. Foto: dpa

Mit etwa 170.000 Soldaten und 460.000 Reservisten ist Israels Militär zwar stärker als die Hisbollah, die Schätzungen zufolge etwa 50.000 Kämpfer zählt. Israels Kampfflugzeuge, Panzer und andere modernen Waffensysteme wären der Schiitenmiliz im kon-

ventionellen Kampf klar überlegen. Die Hisbollah hat aber ein massives Raketenarsenal und setzt auf Formen der irregulären Kriegsführung. Bei einer israelischen Bodenoffensive in den Bergregionen des Südlibanon würde sie den Soldaten durch Hinterhalte wohl

stark zusetzen. Sie soll zudem ähnlich wie die Hamas in Gaza über ein umfassendes Tunnel-Netzwerk verfügen und kann vom Iran über Syrien und den Irak Nachschub an Waffen erhalten. Nach zahlreichen Angriffen auf ihre höchste und mittlere Führungsebene sowie ihre Kommunikationssysteme ist die Miliz jedoch deutlich geschwächt.

Welche Szenarien gibt es jetzt?

Israels Armee dürfte seine Luftangriffe fortsetzen oder sogar ausweiten. Bodentruppen kämen – wenn überhaupt – vermutlich nur mit begrenzten Einsätzen ins Land. Die Hisbollah hat seit Juli ihre stärksten Verluste seit Langem erlitten und muss nun abwägen. Sie kann ihre Angriffe fortsetzen, um die Abschreckung gegenüber Israel zu erhalten, riskiert dabei aber weitere schwere und peinliche Verluste. Oder sie beugt sich dem Druck, akzeptiert eine Waffenruhe und zieht sich von der Grenze zurück. Dies

wäre ein herber Schlag, aber die schiitische Miliz könnte sich neu organisieren und den Kampf gegen Israel etwa verstärkt aus dem Untergrund führen, auch um das eigene Überleben zu sichern.

Wie verhalten sich der Iran und die USA?

Die Hisbollah gilt seit Jahren als wichtigster Verbündeter des Irans im Nahen Osten. Dass Teheran ihr im Falle eines großen Krieges zur Hilfe eilt, ist unwahrscheinlich. Irans neue Regierung unter Präsident Massud Pesechki-an hat mit einer schweren Wirtschaftskrise zu kämpfen, und ist bemüht um eine Wiederannäherung mit dem Westen. So blieb es zuletzt bei Drohungen der militärischen und politischen Führung. Die USA, der wichtigste Verbündete Israels, sind unterdessen mit ihrem eigenen Wahlkampf beschäftigt und nutzen daher ihre Möglichkeiten, Druck auf Israels Regierungschef Netanjahu auszuüben, nicht voll aus.

WIRTSCHAFT

„Die Raucher werden ausgegrenzt“

Mit radikalen Plänen will die EU-Kommission Rauchverbote im Freien einführen / Tabakbranche: Verdrängung des Glimmstängels erreicht neues Level

Von Ralf Heidenreich

BRÜSSEL/BERLIN. Im Vergleich zu manch anderen Ländern sind die Restriktionen für Raucher in Deutschland eher lax. Während hierzulande das Rauchen und Qualmen mit E-Zigaretten – grob zusammengefasst und mit Unterschieden je nach Bundesland – nicht in öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise Gebäuden, in Flughäfen, auf Bahnhöfen, in Gaststätten sowie in Schulen oder auf Spielplätzen erlaubt ist, gehen die Verbote andernorts viel weiter. In Mexiko beispielsweise ist Rauchen vor freiem Himmel seit 2023 praktisch komplett verboten. Ähnliches gilt in vielen Gemeinden Japans. Auch in manchem Land in Europa will man Rauchern an die Kippe.

Spielplätze, Freibäder und Freizeitparks im Visier

So stellte Frankreichs Gesundheitsminister Aurélien Rousseau Ende Dezember ein Gesetzesvorhaben vor, wonach Wälder, Strände, Parks, aber auch öffentlicher Raum um Schulgebäude rauchfreie Zonen werden sollen. Großbritannien legt noch einen drauf und will Raucher für künftige Generationen sozusagen illegal machen. Premierminister Rishi Sunak brachte nämlich im April einen Gesetzentwurf ein, wonach der Verkauf von Tabakwaren an nach dem 1. Januar 2009 Geborene grundsätzlich und komplett verboten werden soll.

Auch die EU-Kommission hat radikale Pläne, die für viel Wirbel sorgen. Nach dem Willen der EU-Kommission sollen die

Mitgliedsstaaten „ihre Maßnahmen für rauchfreie Umgebungen auf wichtige Außenbereiche ausweiten, damit die Menschen und insbesondere Kinder und junge Menschen in der EU besser geschützt werden“.

So soll das Rauchen der Mitteilung zufolge aus Bereichen verbannt werden, „in denen sich Kinder und Jugendliche häufig aufhalten“. Konkret genannt werden „öffentliche Spielplätze, Freizeitparks und Freibäder, Außenbereiche von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungsbetrieben sowie Haltestellen und Bahnhofsbereiche“. Die Verbote sollen zudem nicht nur für Zigaretten oder ähnliches, sondern auch für E-Zigaretten und Tabakerhitzer gelten.

„Jedes Jahr fordert der Tabakkonsum in der EU 700.000 Menschenleben, darunter Zehntausende durch das Passivrauchen. In einer Europäischen Gesundheitsunion ist es unsere Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere Kinder und junge Menschen vor der Belastung durch Rauch und schädliche Emissionen zu schützen“, betonte die scheidende Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. Im Rahmen der Krebsbekämpfung hat sich die EU-Kommission das Ziel gesetzt, bis 2040 eine „tabakfreie Generation“ zu erreichen, in der weniger als fünf Prozent der Bevölkerung rauchen.

Nun kann die EU-Behörde hier lediglich Handlungsempfehlungen aussprechen beziehungsweise Vorschläge unterbreiten, die rechtlich nicht bindend sind. Denn für die Ge-



Wenn der Abstand nicht groß genug ist, kann Rauchen auch im Freien für den Tischnachbarn schädlich sein.

Foto: dpa

sundheitspolitik sind in erster Linie die EU-Mitgliedsstaaten selbst verantwortlich. Allerdings forciert die Initiative angesichts der Entwicklungen etwa in Frankreich oder Großbritannien eine Debatte, die der Tabakbranche gar nicht schmeckt. Zumal die Kommission die EU-Staaten „zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit auffordert, damit die getroffenen Maßnahmen EU-weit die größtmögliche

Wirkung entfalten“. Und zudem mit millionenschweren „direkten Finanzspritzen“ winkt.

Die Pläne der Kommission seien eine Abkehr vom eigentlichen Nichtrauchererschutz, mit der vorrangigen Zielsetzung, eine weitere Ausgrenzung von Rauchern zu erreichen“, kritisiert der Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE). Zudem sende die „undifferenzierte Ein-

beziehung von schadstoffarmen Alternativprodukten in die Rauchverbote ein fatales Signal“, das den Umstieg auf „potenziell weniger schädliche“ E-Zigaretten und Tabakerhitzer behindere. „Was die EU-Kommission vorschlägt, ist ein Paradigmenwechsel: Der Schutz von Nichtrauchern steht nicht länger im Mittelpunkt. Hier geht es um die Bevormundung von Rauchern und ihre Verdrängung aus dem öffentli-

chen Raum“, meint BVTE-Hauptgeschäftsführer Jan Mücke.

Die EU-Kommission habe noch nicht einmal untersucht, ob es an den betroffenen Orten im Freien tatsächlich zu einer gesundheitlichen Gefährdung von Nichtrauchern komme, so der Verband. Außerhalb von geschlossenen Räumen werde Tabakrauch in der Umgebungsluft sehr schnell verdünnt und sei in einer Entfernung von

zwei Metern praktisch nicht mehr nachweisbar. „Eine Gefährdung Umstehender kann ausgeschlossen werden.“

„Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen übergreifigen und dirigistischen Plänen Einheit zu gebieten“, so Mücke. In Deutschland hätten sich die bestehenden Regelungen auf Bundes- und Länderebene bewährt und zur Befriedigung einer erhitzten gesellschaftlichen Debatte geführt.

Für weitergehende Verbote fehle in Deutschland und den übrigen Mitgliedsstaaten überdies „eine breite Unterstützung in der Bevölkerung“.

Studie: Draußen reichen die Schadstoffe nicht weit

Eine Studie der Stanford-Universität in Kalifornien hat untersucht, wie sich Tabakrauch auf die Luft in Straßencafés, rund um Parkbänke und an anderen Orten im Freien auswirkt. Ergebnis: Die Schadstoffbelastung hält in der Nähe eines Rauchers unter freiem Himmel zwar nur kurz an, ist aber kaum weniger intensiv als in geschlossenen Räumen. Wer etwa mit einem Raucher an einem kleinen Tischchen im Straßencafé sitzt, der innerhalb einer Stunde zwei Zigaretten rauche, sei den gleichen Belastungen ausgesetzt wie ein Passivraucher in einem Lokal, in dem geraucht werden dürfe, so die Wissenschaftler. Ähnliches gelte für Kinder auf einer Gartenparty. Allerdings: Die Schadstoffe reichen den Angaben zufolge nicht weit. In zwei Metern Entfernung von einem Raucher sei man vom Qualm schon kaum mehr betroffen.

Börse Frankfurt

Table with market indices: MDAX (+0.34%), SDAX (+0.35%), and various stock listings with columns for Div., Rend., Schluss, and Vortag.

DAX index table showing Dividende, Rend., Schluss, Vortag, Veränderung, KGV, and Hoch/Tief values for various companies.

Table of international stock indices: Schweiz in CHF, WEITERE AUSLANDSWERTE, and a list of international stocks with prices.

METALLE UND MÜNZEN table listing prices for Gold, Silber, and various coins.

Table of regional stock indices: WEITERE DEUTSCHE AKTIEN, WEITERE REGIONALE AKTIEN, and EURO STOXX 50 (+1.13%).

Stimulus in China stimuliert auch DAX-Anleger

(Dow Jones) - Gleich zum Start in den Tag legte der deutsche Aktienmarkt kräftig zu. Der Impuls kam aus China, das Maßnahmenpaket der Peoples Bank of China stufen die Marktstrategen der Commerzbank als das umfangreichste seit langem ein.

nach oben. Von einer besser laufenden Konjunktur in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt dürfte auch die exportlastige deutsche Wirtschaft profitieren, so die Idee. Vor allem die Autowerte legen hier zu, BMW um 3,6 und Porsche um 2,1 Prozent. Der DAX schloss 0,8 Prozent höher bei 18.997 Punkten und kratzte im Hoch knapp am Rekordhoch aus der Vorwoche vorbei.

DAX index table showing daily performance and a list of DAX components.

EURO STOXX 50 index table showing performance and a list of components.

INVESTMENTFONDS

Table of investment funds with columns for Aus-schüttung, Rücknahme, and Vortag.

ÖLPREISE

Table of oil prices for Rohöl, Heizöl, and ACI Kupfernotierung.

RENTENMARKT

Table of bond yields (BundessobligationenRendite) and market information (Stand: 19:50 Uhr).

Kindernachricht des Tages

Helene Fischer singt Kinderlieder



Foto: dpa

Helene Fischer veröffentlicht im November erstmals ein Album mit Kinderliedern. Darauf singt die Schlagersängerin bekannte Kinderlieder wie „La Le Lu“ oder „Wenn du fröhlich bist“ – und zwar nicht allein, sondern zusammen mit einem Kinderchor aus der Stadt Hamburg. Die Aufnahme mit dem Kinderchor haben Helene Fischer großen Spaß gemacht und es sollen weitere Alben mit Kinderliedern folgen. (nij)



KURZ NOTIERT

Schleusernetzwerk zerschlagen

MANNHEIM (dpa). Bei einer Razzia gegen Schleuser hat die Polizei am Dienstag 24 Wohnungen in Mannheim und in der Nähe von Karlsruhe und Worms durchsucht sowie Baustellen unter die Lupe genommen. Vier Haftbefehle wurden vollstreckt. „Das Schleusernetzwerk wurde zerschlagen“, sagte ein Sprecher der Bundespolizei. Es werde gegen eine siebenköpfige Bande ermittelt. Einer der vier Hauptbeschuldigten hatte eine Firma, für die er Leiharbeiter mit erzwungenen Mietverhältnissen rekrutierte. Insgesamt seien 35 Menschen aus vorderasiatischen und kaukasischen Ländern eingeschleust worden, sagte der Sprecher. Sie seien alle in Gewahrsam.

Zwei Deutsche in Toskana vermisst

PISA (dpa). Nach starkem Regen in der Toskana sind eine Deutsche und ein fünf Monate altes Baby von den Fluten eines übergelaufenen Bachs mitgerissen worden. Beide werden vermisst, wie die italienische Feuerwehr mitteilte. Es soll sich um eine Großmutter und ihren Enkel handeln. Sie waren im Ort Montecatini Val di Cecina im Urlaub. Der Rest der Familie konnte sich auf das Dach des Ferienhauses retten.

Ein Toter nach Stierhatz

MADRID (dpa). Bei einem der traditionsreichsten Stiertreiben in Spanien hat ein Kampfbulle einen Zuschauer getötet und vier Menschen zum Teil schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich beim Stadtfest in Pantoja rund 50 Kilometer südlich von Madrid, als ein Stier die Sperren der Laufstrecke durchbrach und mehrere Zuschauer auf die Hörner nahm. Ein 80 Jahre alter Mann erlag seinen Verletzungen. Polizeibeamte hätten das Tier erschossen. Die Behörden leiteten nach eigenen Angaben Ermittlungen ein.



Der Angeklagte Sven B. zum Auftakt des zweiten Prozesses mit seinem Rechtsanwalt Jürgen Graf.

Foto: Sascha Kopp

Die Opfer von Sven B. müssen wohl nicht neu aussagen

Erneut steht der Ex-Jugendtrainer wegen Vergewaltigung in Frankfurt vor Gericht

Von Jens Kleindienst

FRANKFURT. Zumindest eines ist am ersten Tag des zweiten Vergewaltigungs-Prozesses gegen den früheren Fußballjugendtrainer Sven B. in Frankfurt klar geworden: Die sieben Opfer des Angeklagten Sven B. (37), zum Zeitpunkt der Taten noch Kinder oder Jugendliche, müssen wohl nicht erneut in den Zeugenstand. Das sorgte bei der Nebenklage am Dienstag im Schwurgerichtssaal des Frankfurter Landgerichts für große Erleichterung. Aber der Reihe nach. Im März 2023 war Sven B. vor dem Frankfurter Landgericht wegen sexuellen Missbrauchs, schwerer Vergewaltigung und Anfertigung kinderpornografischer Materials in 69 Fällen zu zwölf Jahren und neun Monaten Haft und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt worden. Dieses Urteil wurde jedoch im Februar vom Bundesgerichtshof in Teilen aufgehoben. Damit rächte sich ein Verfahrensfehler der Frankfurter Kammer: An einem Verhandlungstag war die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden, obwohl es dafür zumindest zeitweise keinen Grund gab.

Deshalb werden nun sieben der ursprünglich 69 Anklagepunkte vor einer anderen Strafkammer in Frankfurt neu verhandelt. Laut Anklage hat Sven B. im Herbst 2021, kurz

bevor er aufflog, sieben Jungen und junge Erwachsene zunächst durch Medikamente und Alkohol betäubt, anschließend sexuell missbraucht oder vergewaltigt und dabei teilweise auch gefilmt. Sven B. war als Fußballjugendtrainer für etliche Vereine in den Kreisen Main-Taunus und Rheingau-Taunus aktiv gewesen. In dieser Funktion erschlich er sich zumindest ab 2014 das Vertrauen seiner späteren Opfer.

Diesmal redet der Angeklagte

Im ersten Prozess hatte Sven B. weitgehend geschwiegen. Deshalb mussten damals alle Opfer in den Zeugenstand – für die jungen Erwachsenen eine Tortur. Am Dienstag ließ sich Sven B. nun ausführlich zu den Vorwürfen ein. Allerdings war dabei einmal mehr die Öffentlichkeit ausgeschlossen, um die Intimsphäre der Opfer zu schützen.

Die Aussagen müssen von einiger Substanz gewesen sein. Jedenfalls schlug der Vorsitzende Richter Christian Annen anschließend vor, für die anstehende Beweisaufnahme die polizeilichen Vernehmungsprotokolle der Geschädigten zu verlesen. Staatsanwaltschaft, Nebenkläger und Verteidigung stimmten zu. Das bedeutet: Die sieben Opfer von Sven B. müssen wohl

nicht noch einmal in den Zeugenstand.

Wie am Dienstag bekannt wurde, gab es im Vorfeld des neuen Prozesses Versuche, das Verfahren abzukürzen. Richter Annen informiert über ein Vorgespräch der Prozessbeteiligten im Juni. Dabei habe einer der drei Verteidiger, der Karlsruher Revisionsspezialist Jürgen Graf, eine umfassende Aussage seines Mandanten für den Fall einer Strafverfolgung „im hohen einstelligen Bereich“ in Aussicht gestellt. Die Staatsanwaltschaft habe dies jedoch abgelehnt.

Graf sagte dazu am Dienstag, man habe den Opfern ein erneutes Erscheinen ersparen wollen. Er kritisierte die Haltung der Staatsanwaltschaft. Sie passe zur „regelrechten Jagd auf Zeugen“ im ersten Prozess. Damals seien Jugendliche vom Schulhof abgeholt worden, um auszusagen. Richter Annen wies diese Darstellung als „unangemessen“ zurück.

Sven B. bietet den Opfern eine Entschädigung an

Bei dem Vorgespräch im Juni blieb es nicht. Wie Graf erläuterte, erhielten alle Geschädigten in den vergangenen Tagen ein schriftliches Angebot für einen sogenannten Täter-Opfer-Ausgleich. Darin bitte der Angeklagte um Entschuldigung und biete seinen Op-

fern jeweils eine Entschädigung an. Es soll sich um Summen zwischen 2000 und knapp 10.000 Euro handeln.

Im Gerichtssaal wurde klar, dass einige der Opfer sich darauf eingelassen haben, andere nicht. Eine Anwältin gab an, das Schreiben sei bei ihr noch gar nicht eingegangen. Eine andere Anwältin erklärte, ihr Mandant lehne den Täter-Opfer-Ausgleich ab, weil er die Entschuldigung für „nicht aufrichtig“ und die angebotene Geldsumme für „unverschämte“ halte. Dahinter stehe nur das Kalkül, das Gericht zu einem milderen Urteil zu bringen. Auch wolle ihr Mandant im Prozess aussagen. „Er hat extrem gelitten, und das will mein Mandant vor Gericht auch sagen“, erklärte die Anwältin.

Einigermaßen enttäuscht zeigt sich eine Anwältin der Nebenklage über die neuen Aussagen von Sven B. „Wir hatten uns etwas Anderes erwartet“, meinte sie. Die Einlassungen des Angeklagten, der am Dienstag im Gerichtssaal erstaunlich locker wirkte, seien in der Sache „nicht sehr ergiebig“ gewesen.

Weiter geht es in dem Prozess am Donnerstag, dann soll Sven B. seine Aussage fortsetzen; dabei dürfte die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen werden. Derzeit sind Prozessstage bis Ende November terminiert.

Knöllchenflut aus Italien

Der Urlaub ist lange rum – dann flattert ein saftiger Strafzettel ins Haus / Bußgeld in Millionenhöhe

Von Christoph Sator

ROM/FLENSBURG. Die Schonfrist für Verkehrsünden im Italien-Urlaub ist vorbei: Nach monatelangem Streit zwischen beiden Ländern müssen deutsche Autofahrer nun wieder damit rechnen, nach dem Ende der Ferien unangenehme Post mit einem Bußgeldbescheid zu bekommen. Nach Angaben des Kraftfahrtbundesamts einigten sich beide Seiten darauf, bei einer ganzen Serie von Verstößen wieder in vollem Umfang Halter- und Fahrzeugdaten auszutauschen. Deutschland hatte das seit mehr als einem Jahr blockiert. Betroffen sind viele Tausend Kfz-Besitzer. Allein in der Stadt Meran in der Region Südtirol – bei deutschen Urlaubern besonders beliebt – summiert sich der Betrag auf mehr als 230.000 Euro. Dort liegen bei den Behörden aktuell etwa 4000 Strafzettel für ausländische Touristen auf Halde. In anderen italienischen Städten wie Rom, Bozen oder Florenz sieht es ähnlich aus.

Jetzt soll die liegengeliebene Post aufgeholt werden: Das bedeutet, dass auch Strafzet-

tel aus dem Sommerurlaub 2023 verschickt werden können. Nach Angaben des Kraftfahrtbundesamts ist Italien jetzt wieder komplett an einem System beteiligt, das innerhalb der EU den Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten regelt – zum Beispiel bei Tempo-Delikten, Fahren ohne Sicherheitsgurt oder Überfahren einer roten Ampel. Weil Italien wiederholt Daten auch für andere Verstöße abgerufen hatte, gab das Kraftfahrtbundesamt seit Juli vergangenen Jahres keine Informationen mehr weiter. Der Verkehrsminister der italienischen Rechtsregierung, Matteo Salvini, führte dies kürzlich im Parlament in Rom auf „technische Probleme mit dem System“ zurück, die nun aber behoben seien. Auch Österreich und die Niederlande hatten den Austausch mit Italien deshalb blockiert. Vom Kraftfahrtbundesamt in Flensburg hieß es auf Anfrage dazu: „Mittlerweile sind von italienischer Seite Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen worden.“ Deshalb würden seit vergangener Woche wieder Auskünfte erteilt.



Pinguin Pesto ist ein Nimmersatt

Pesto ist ein Brocken: Im zarten Alter von neun Monaten bringt das Küken bereits 22,5 Kilo auf die Waage. Für einen Pinguin ist das allerhand – auch wenn Pesto zu den Königspinguinen gehört, der zweitgrößten Art der flugunfähigen Seevögel. Viermal am Tag wird er im australischen „Sea Life Melbourne Aquarium“ gefüttert – und verputzt dabei seinen Pflegern zufolge jedes Mal bis zu acht Fische. Mittlerweile ist das Vogelbaby mit dem gewaltigen Körperumfang ein Social-Media-Star. Noch trägt Pesto das für Jungtiere typische fluffige braune Gefieder, das seine kugelförmige Erscheinung unterstreicht. Wenn er dieses in den kommenden Monaten verliert und in sein schwarz-weißes „Smoking“-Outfit wechselt, wird er aber an Gewicht und Umfang verlieren. Foto: dpa

LEUTE HEUTE

Abhängig

Musikerinnen und Musiker orientieren sich heutzutage oft an Algorithmen von Streamingdiensten und Social-Media-Trends, damit ihre Lieder möglichst erfolgreich werden. Zeitlose Songs entstünden so allerdings nicht, findet Alpha-ville-Sänger Marian Gold (70; „Forever Young“): „Sondern man macht total zeitabhängige Musik auf diese Art und Weise.“



Marian Gold

Appell

Schauspielerin Meryl Streep (75; „Der Teufel trägt Prada“) hat bei den Vereinten Nationen mit eindringlichen Worten auf das Schicksal von Frauen in Afghanistan aufmerksam gemacht. „In Kabul hat eine Katze heute mehr Freiheiten als eine Frau“, sagte Streep bei einer Veranstaltung am Rande der am Dienstag beginnenden UN-Generaldebatte in New York.



Meryl Streep Fotos: dpa

Abgesang

Regisseur Francis Ford Coppola („Der Pate“) sieht die USA in der derzeitigen Staatsform vor ihrem Ende. „Heute ist Amerika Rom, und es steht kurz davor, die gleiche Erfahrung zu machen, aus den gleichen Gründen, wie Rom seine Republik verlor und mit einem Kaiser endete“, zitierte „The Hollywood Reporter“ den 85-Jährigen in New York, wo sein neuer Film „Megalopolis“ gezeigt wurde.



Francis Ford Coppola

GUTEN MORGEN
SCHIFFERSTADT2016: Revival der
Konsum-Rallye aus
DDR-Zeiten

2016 findet in Gera das sogenannte Konsum-Rallye-Revival statt. Rund 130 Oldtimer und 250 Fahrräder fahren auf einer Strecke von 140 Kilometern verschiedene alte DDR-Konsum-Gaststätten ab.

Die Geschichte der Konsum-Rallye hat ihren Ursprung Ende der 1960er Jahre. Neben Fachgeschäften und Kaufhäusern besaß die Genossenschaft Konsum auch rund 250 Gaststätten. Doch der Umsatz dieser Gaststätten war wegen der geringen Bekanntheit und der oft abgelegenen Objekte nicht gerade üppig. Deshalb beschloss die Genossenschaft Gera, eine Rallye mit Verlauf vorbei an Gaststätten auszurichten. 1970 fand die erste Veranstaltung statt. Es starteten Trabanten, Ladas, Wartburgs, Mofas und Fahrräder. Bis in die 1980er Jahre hinein wuchs die Anzahl der Teilnehmer und der zu befahrenden Kilometer. Zur zehnten Rallye 1980 führen die Teilnehmer alle Konsum-Gaststätten auf 428 Kilometern Strecke ab. Diese Rallye war auch die letzte zu DDR-Zeiten. Denn danach wurde es seitens der DDR-Führung verboten: Es würde zu viel Benzin verbraucht.

2016 erfährt die Veranstaltung ein Revival. Initiiert hatten es Erhard Lemm, der bereits 1970 per staatlichem Auftrag die Rallye gestaltet hatte. Zuletzt findet sie am 19. September 2021 statt.

2001: Wladimir Putin
spricht im Bundestag

Als Wladimir Putin am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag spricht, ist er seit einhalb Jahren Russlands Präsident. Er hält seine Rede auf Deutsch und präsentiert Russland als idealen Partner für ein starkes, demokratisches Europa. Man unterstützt die europäische Integration und sehe sie mit Hoffnung: „Wir tun das als ein Volk, das gute Lehren aus dem Kalten Krieg und aus der verwerblichen Okkupationsideologie gezogen hat.“ Die deutschen Abgeordneten reagieren mit stehendem Applaus. Mit dem damaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder entsteht etwas, was beide öffentlich als „Männerfreundschaft“ zelebrierten. Sie laden sich wechselseitig zu ihren Geburtstagen ein und schwitzen gemeinsam in der Sauna. Doch das deutsch-russische Verhältnis bekommt durch den Regierungswechsel 2005 eine andere Note. Die neue deutsche Regierungschefin Angela Merkel kritisiert Putins Politik zunehmend öffentlich. Zum offenen Bruch kommt es spätestens 2014, als Russland die politischen Umwälzungen in der Ukraine dazu nutzt, die Krim zu annektieren.

1991: „Öffentlicher Tarif
Ost“ eingeführt

Ab dem 25. September 1991 werden bei rund 1,4 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der neuen Länder die DDR-Dienstzeiten voll anerkannt. Ausgenommen sind ehemalige Stasi-

Angehörige und SED-Sekretäre. Dies ist das Ergebnis eines langen Streiks. 1991 wurde der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) geändert, der vorher gültig für alle Angestellten des öffentlichen Dienstes gewesen war. Wesentliche Unterschiede zu BAT-West waren folgende: Ab 1961 bekamen Angestellte - beispielsweise Krankenschwestern - in den alten Bundesländern nach zwei Jahren einen höheren Lohn, nach vier Jahren wechselten sie erneut automatisch in die nächsthöhere Lohnklasse. Das nennt man Bewährungsaufstieg.

Mit der Einführung des BAT-Ost erhielten auch Angestellte in den neuen Bundesländern eine Gehaltserhöhung, allerdings zunächst nur 60 Prozent der Westkollegen. Und: Bislang geleistete Dienstjahre wurden nicht anerkannt. Angestellte im Osten wurden beispielsweise trotz 30 Dienstjahren wie Berufsanfänger bezahlt. Erst im September 1991 ändert sich dies.

1972: Zwei DDR-Agentin-
nen gegen 100 Häftlinge

Am 25. September 1972 gibt Egon Franke, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, bekannt, dass die Bundesrepublik zwei zuvor inhaftierte DDR-Spioninnen in die DDR abgeschoben habe. Im Gegenzug entlasse die DDR 100 politische Häftlinge in die Bundesrepublik. Bei den unter Spionageverdacht stehenden Frauen handelt es sich um Liane Lindner und Irene Schultz. Letztere war Sekretärin des Bundeswissenschaftsministers Laussink gewesen.

Schulz unterrichtet die Öffentlichkeit, da er der Behauptung widersprechen will, die Spioninnen seien „ohne Gegenleistung“ in die DDR gebracht worden. Wie der Tagesspiegel tags darauf berichtet, ist die Aktion unter dem „Gesichtspunkt der humanitären Verpflichtung“ der Bundesrepublik zustande gekommen. Der Großteil der Häftlinge sei bereits in der Bundesrepublik angekommen. Einige von ihnen hatten in der DDR lebenslange Haftstrafen erhalten.

1968: Flucht im Ruderboot
über die Ostsee

Zwanzig Stunden treibt ein Ehepaar aus der DDR in einem Ruderboot auf offener See, ehe ein Frachtschiff sie rettet und sicher nach Schweden bringt. Den beiden DDR-Bürgern ist damit die Flucht über die Ostsee gelungen.

Nach dem Mauerbau 1961 kommt es zu rund 5.600 Fluchtversuchen über die Ostsee. Ob auf dem Surfbrett, in einem Falt- oder Motorboot oder mit einem selbst gebauten Aqua Scooter: Eine Flucht über die Ostsee erscheint nach 1961 vielen DDR-Bürgern als weniger gefährlich wie eine Flucht über Land. Doch das Meer erweist sich als tückisch: mindestens 180 Menschen sterben bei dem Versuch, über die Ostsee zu flüchten. 901 DDR-Bürger erreichen dennoch auf diesem Wege die Freiheit. Dies ist auch für den letzten Ostsee-Flüchtling am 2. September 1989 der Fall.

VERNISSAGE Ausstellung „Schollenbergers Tierleben“ im Alten Rathaus in Schifferstadt am 27. September

SCHIFFERSTADT. Der 1961 in Ludwigshafen geborene und seit vielen Jahren in Dudenhofen lebende Maler Oliver Schollenberger zeigt im Alten Rathaus Schifferstadt vom 27.9. bis zum 13.10. 2024 seine Ausstellung „Schollenbergers Tierleben“.

Schollenberger arbeitet künstlerisch an mehreren Themen und Motiven, oft auch in Serien: Es gibt von ihm die Pfalzlandschaften, Erzähltafeln, Reisebilder, eine Serie mit Comic-Motiven, die Sportbilder, eine Reihe von abstrakten Farbvariationen und einige andere Motivgruppen. Seit vielen Jahren beteiligt er sich regelmäßig an Gruppenausstellungen in der Region und hatte Einzelausstellungen unter anderem in Speyer, Mainz, Berlin und Breslau.

Er arbeitet meist an mehreren Themen parallel. Dabei entstehen Zeichnungen und Acryl- und Aquarellmalereien, teilweise auch verbunden mit Schrift und Collageelementen. Darüber hinaus kuratiert Schollenberger immer wieder größere Gruppenausstellungen, wie zuletzt „Tier des Tages“ in der Städtischen Galerie in Speyer. Diese Ausstellung wurde bestückt von 35 Rendsburger ZeichnerInnen, mit denen er sich alljährlich zu einem einwöchigen Zeichenseminar trifft und dort unter anderem Tiere zeichnet und malt.

In der Schifferstadter Ausstellung „Schollenbergers Tierleben“ liegt der Fokus ausschließlich auf seinen Tierbildern. Es erscheint ein gleichnamiger Katalog mit diesen Tierbildern, den einer der Rendsburger Zeichner und Au-

tor Peter P. Neuhaus mit ihm gemeinsam gestaltet hat. Neuhaus wird in Schifferstadt zur Eröffnung sprechen.

Der Katalog beinhaltet überwiegend Blätter aus den letzten Jahren, aber auch einige bisher noch gar nicht gezeigte Arbeiten aus seinem Studium. Einen Schwerpunkt der Ausstellung bilden Aquarelle in einer individuellen Handschrift und besonderen Technik, wie der „Shoebill Abu Markub“, eine Darstellung eines Schuh-schnabls oder seine Rhinozereuse, die zu seinem Markenzeichen geworden sind.

Eines dieser Nashörner ziert einen Wein, der von der Winzergenossenschaft Deidesheim eigens als „Rhino Vino“ kreiert wurde. Frisch abgefüllt und etikettiert, wird dies Rotwein-Cuvée zur Eröffnung präsentiert. Das Alte Rathaus in Schifferstadt ist für Schollenberger ein besonderer Ort mit dem er einige Verbindungen hat: Seit 2007 arbeitet er als Kunsterzieher in Schifferstadt, hat dort schon einmal ausgestellt und auch mit seinen Schülerinnen und Schülern eine Ausstellung über das historische Gebäude organisiert.

Zur Vernissage der Ausstellung sind alle Kunstinteressierte und Gäste recht herzlich eingeladen am Freitag, 27. September um 18 Uhr im Obergeschoss des Alten Rathauses. Musikalisch wird Bernhard Sperrfelter an der Gitarre die Ausstellungsöffnung bereichern. Im Anschluss ist die Ausstellung immer samstags und sonntags von 11-16 Uhr (auch über den Obst- und Gemüsestand) geöffnet. Der Künstler ist stundenweise auch persönlich anwesend.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt



VfK: Freier Eintritt als Dank an die Fans

RINGEN Wer gegen den AV 03 Speyer da war, zahlt nichts gegen Thaleischweiler



Daniel Hermann war gegen den Nackenheimer Ali Cakici erfolgreich und will auch gegen Thaleischweiler punkten.
Foto: privat

den vollen Preis bezahlt haben, aber nur fünf Kämpfe sehen konnten. „Es soll ein

kleines Dankeschön sein“, sagte VfK-Vorsitzender Thorsten Libowsky.

Kommissarischer
Vorsitzender

Bis zur Mitgliederversammlung des Ringerverbandes Pfalz übernimmt der derzeitige Sportreferent des Verbandes, Thorsten Libowsky, den kommissarischen Vorsitz. Aus privaten Gründen hatte in den vergangenen Tagen die seit März 2020 amtierende Vorsitzende Ricarda Holub ihr Amt niedergelegt.

Für Libowsky stehen in den nächsten zwei Wochen vor allem Gespräche mit dem Saarländischen Ringerverband über eine gemeinsame Liga an. Wie in der Pfalz ist es auch an der Saar schwierig, ausreichend bestückte Ligen zu bilden.

Die saarländische Landesliga zum Beispiel besteht aus fünf Mannschaften, die Oberliga aus sieben, wie nach dem Speyerer Rückzug auch die Rheinland-Pfalz-Liga.

WIR GRATULIEREN

Frau Hildegard Neff, zum 94. Geburtstag.

Ob gedruckt oder digital – mit dem Tagblatt sind Sie auf der sicheren Seite!



Unterstützen Sie ehrlichen Journalismus!

Zeigen Sie Charakter! Abonnieren Sie vertrauenswürdige Berichterstattung und zahlen Sie für die täglichen Informationen rund um die Welt wie für's morgendliche Brötchen beim Bäcker. Es ist modern, sich kostenlos im Internet zu informieren. Ist aber alles wahr, was da publiziert wird?

Es gibt viele Gründe für ein Abo!

Infos und Angebote:
www.schifferstadter-tagblatt.de/abo
oder 06235/92690

Schifferstadter Tagblatt
Ihre Lokalzeitung in Schifferstadt. Seit 1905!

TIPPS

VERKEHRSRECHT

Nichtangeschnallte können haften



(dpa). Ein Gurt kann Leben retten. In Autos mit vorgeschriebenen Sicherheitsgurten müssen sich in der Regel alle Insassen unterwegs anschnallen.

Wer das nicht tut, muss bei erlittenen eigenen Schäden womöglich mithaftan. Doch auch, wenn durch das eigene Fehlverhalten andere Mitfahrer verletzt werden, können Gurtmuffel haftbar gemacht werden.

KALENDER

Mittwoch, 25. September 2024

St. Kleophas Nebel's an St. Kleophas, wird der ganze Winter nass.

Geburtstag

1951 Mark Hamill ist ein US-amerikanischer Schauspieler, der als Darsteller von „Luke Skywalker“ in der „Star Wars“-Trilogie (1977-1983) bekannt wurde.

1944 Michael Douglas ist ein US-amerikanischer Schauspieler (u. a. „Ein floer über das Kuckucksnest“ 1975, „Wall Street“ 1988, „Der Rosenkrieg“ 1989, „Basic Instinct“ 1992, „Wall Street: Geld schläft nicht“ 2010).

1897 William Faulkner war ein US-amerikanischer Schriftsteller, der mit „Schall und Wahn“ (1929) seinen wohl bedeutendsten Roman schrieb und „für seine kraftvolle und künstlerisch selbständige Leistung in Americas Romanliteratur“ 1950 nachträglich den Nobelpreis für Literatur 1949 verliehen bekam.

Todestag

1946 Heinrich George Georg August Friedrich Hermann Schulz, wie er mit richtigem Namen hieß, war ein deutscher Schauspieler und UFA-Filmstar (u. a. Werkmeister der Herzmachin in „Metropolis“ 1927), der in der NS-Zeit einerseits in Propagandafilmen wie „Jud Süß“ (1940) und „Kolberg“ (1945) mitwirkte und zugleich als Intendant am Berliner Schiller-Theater Regimekritiker anstellte.

Sternzeichen: Waage (24.09. - 23.10.)

REZEPT DES TAGES

Auberginenaufbau



- 500 g Aubergine(n) (gegrillte Scheiben)
500 g Tomate(n) (Dose)
150 g Mozzarella
50 g Parmesan
1 kleine Zwiebel(n)
4 Knoblauchzehen(n)
Petersilie
Basilikum
Olivenöl
Salz und Pfeffer
Peperoni

würzen und ca. 20 min köcheln lassen. Am Schluss gehackte Petersilie und Basilikum begeben und die Tomatensoße pürieren.

Den Parmesan reiben und den Mozzarella in feine Scheiben schneiden.

Den Boden einer Auflaufform mit Melanzanescheiben belegen, darauf ein wenig Mozzarella, Tomatensoße und Parmesan und das Ganze wiederholen. Bei 180° Ober-/Unterhitze ca. 30 min ins Rohr geben. Mit Weißbrot servieren.

Zwiebel und Knoblauch fein schneiden und in Olivenöl kurz anrösten. Tomaten zugeben, mit Salz, Pfeffer Chili

BÜRGERBUS

Der Bürgerbus fährt dienstags und donnerstags von 8 bis 17 Uhr, sowie mittwochs und freitags von 8 bis 12 Uhr. Telefonische Anmeldung Montag und Mittwoch von 14 bis 16 Uhr unter 06235 - 44555

Der Bürgerbus kommt



NOTRUF

Polizei- und Feuerwehr-Notruf: 110 oder 112

Polizei: Sammelruf-Nummer 4950; Fax-Nummer 0049 6131 48 68 82 44.

Rettungsdienst: Telefon 112

Kripo-Sicherheitsberatung Ludwigshafen: Tel. 0621 / 9632510.

Ärztlicher Bereitschaftsdienst: Telefon: 116 117. Wenn ohne unmittelbare Behandlung Lebensgefahr besteht oder bleibende gesundheitliche Schäden zu befürchten sind, ist der Rettungsdienst unter 112 zu alarmieren.

Geplante Krankentransportfahrten: 06235 19222.

Augenärztlicher Notdienst: Telefonisch zu erfragen unter der Rufnummer 0180 5011230.

Apotheke: Welche Apotheke Dienst hat, kann auf der Website: https://www.lak-rlp.de/notdienstportal oder unter folgender Nummer 01805 258825-PLZ abgerufen werden. Der Notdienst beginnt jeweils um 8.30 Uhr und endet am Folgetag um 8.30 Uhr.

Hebamme: Gertrud Hiltmann, Telefon 92146, Marion Ebeling, Telefon 3119 und Peggy Christmann, Telefon 497011, Silke Fichtenmayer, Telefon 0151/ 18400487.

Hospiz-Dienst: Ambulanter Hospiz- und Palliativ-Beratungsdienst Südlicher Rhein-Pfalz-Kreis, Telefon 457823, begleitend@hospiz-schifferstadt.de, www.hospiz-schifferstadt.de

Ökumenische Sozialstation: Telefon 959350. - Bürozeiten: Montag bis Freitag 8 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Leiter: Andreas Müller.

Pflegestützpunkt: Kostenlose und neutrale Beratungsstelle für ältere Kranke und behinderte Menschen und ihren Angehörigen rund um die Pflege: Desiree Urban, Telefon 4 58 75 66, Claudia Schöneberger.

Betreuungsverein (Sozialdienst katholischer Frauen und Männer); Julia Recherlik, Telefon 49799795, Simone Schrock Telefon 49799794, Peter Oestringer, Telefon 49799796, Schulstr. 16.

Evangelische/Katholische Telefonseelsorge: Rund um die Uhr, gebührenfrei, vertraulich, Telefon 0800 / 1101111 und 0800 / 110222.

Heil Pflegen dienst, Private Sozialstation, Bahnhofstr. 21, Tel. 920093.

Krisentelefon für psychisch Kranke und deren Angehörige: 0800/2203300. Ein(e) fachkundige Gesprächspartner(in) ist damit samstags, sonntags und feiertags von 8 bis 23 Uhr erreichbar, wochentags von 17 bis 23 Uhr.

Kinder- und Jugendtelefon des Deutschen Kinderschutzbundes: (kostenlos): 0800/ 1103333

Elterntelefon des Kinderschutzbundes (kostenlos): 0800/ 1105050.

Rotes Kreuz: Krankentransporte: 19222.

Malteser Hilfsdienst e. V. Schifferstadt: Speyerer Straße 13, Telefon 457821 oder 0175 2686041.

Ökumenische Nachbarschaftshilfe: Telefon 8 27 51.

Stadtwerke (Stromversorgung und Abwasserbeseitigung): Bei Störungen außerhalb der normalen Dienstzeit Telefon 06235 4901-122 anrufen.

Gasversorgung: Bei Störungen außerhalb der normalen Dienstzeiten Telefon 0800/0837111 anrufen.

Wasserversorgung: Der Bereitschaftsdienst ist unter der Telefonnummer 957031 zu erreichen.

Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung, Ortsvereinigung Speyer-Schifferstadt e.V., Waldspitzweg 10, Schifferstadt, Telefon 06235/49760, Fax 4976100.

Schifferstadter Tagblatt - Print oder digital!

Schifferstadter Tagblatt

IMPRESSUM Herausgeber und Verlag: Geier-Druck-Verlag KG, Bahnhofstraße 70a, 67105 Schifferstadt, Tel. (06235) 92 69-0.

Redaktion Lokales Schifferstadt Susanne Geier (verantwortl.), Bahnhofstraße 70a, 67105 Schifferstadt

Verantwortl. überregionaler Teil: VRM, Mainz, vertreten durch die VRM

Verwaltungs-GmbH, Geschäftsführer: Joachim Liebler (Sprecher), Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz. Inhaltlich verantwortlich überregionaler Teil: Jule Lumma (Chefredakteurin), Mainz

Druck: Oggersheimer Druckzentrum GmbH, Flomersheimerstraße 2-4, 67071 Ludwigshafen.

Anzeigen und Vertrieb: Susanne Geier Anzeigenpreisliste Nr. 41

Monatlicher Bezugspreis gültig ab 1. April 2024:

Print: 29,50; Digital: 25,50; AboPlus: Print + Digital 31,50; Wochenend-Abo (Freitag, Samstag, Montag): 17,00; E-PaperPlus: Digital + Print-Samstags-Ausgabe 26,50; Einzelpreis Mo - Fr 1,20, Sa 1,30 - Postbezugspreis 32,00. Alle Preise inklusive 7 % MwSt. Abbestellungen können nur bis zum Quartalsende in Textform ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher beim Verlag vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Amtliches Bekanntmachungsorgan der Stadtverwaltung Schifferstadt Erscheint täglich außer sonn- und feiertags.

Jeden Mittwoch mit TV-Magazin prisma.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Gewähr übernommen werden.

Für die Herstellung des Schifferstadter Tagblatts wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Pflichtmitteilung gem. § 9 Abs. 4 Satz 1 Landesmediengesetz Rheinland-Pfalz: Die Firma Geier-Druck-Verlag KG mit Sitz in Schifferstadt ist eine Kommanditgesellschaft. Komplementärin: Susanne Geier, Kommanditistin: Barbara Geier. Persönlich haftende Gesellschafterin: Susanne Geier



Crossword puzzle grid with clues and a central advertisement for Sparkasse Vorderpfalz.

Number puzzle section including 'ANFÄNGER', 'FORTGESCHRITTENE', and 'Auflösung des vorherigen Rätsels'.

BLAULICHT



Junger Mann nach Messerangriff in Untersuchungshaft

MANNHEIM (dpa). Es gibt Streit zwischen zwei Männern in Mannheim. Einer greift zu einem Messer. Danach schwebt der andere in Lebensgefahr. Weil er einen Kontrahenten mit einem Messer lebensgefährlich verletzt haben soll, ist ein junger Mann in Mannheim in Untersuchungshaft gekommen. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilen, wird der 18-Jährige des versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung verdächtigt. Zwischen dem Verdächtigen und einem 21-Jährigen soll es am Freitag zu einer körperlichen Auseinandersetzung gekommen sein, woraufhin der Jüngere dem Älteren mit einem Stich in den Oberkörper lebensbedrohlich verletzt haben soll. Das Opfer wurde notoperiert. Inzwischen ist der Mann außer Lebensgefahr. Polizisten nahmen den Verdächtigen kurze Zeit später in der Nähe des Tatorts fest.

www.schifferstadter-tagblatt.de

Erfolgreicher Abschluss des Förderprojekts „Rhythmus der Zukunft: 100 Trommeln für kleine Talente“

Musikalische Früherziehung im Rhein-Pfalz-Kreis gestärkt – Letzte Übergabe in Waldsee

LUDWIGSHAFEN/SPEYER/SCHIFFERSTADT. Am Montag, den 23. September 2024, fand im Rathaus in Waldsee die feierliche Abschlussveranstaltung des Förderprojekts „Rhythmus der Zukunft: 100 Trommeln für kleine Talente“ statt. Bei dieser letzten Übergabe wurden die verbleibenden Trommeln an die Kindertagesstätten in Waldsee überreicht. Die Kulturstiftung der ehemaligen Kreissparkasse Rhein-Pfalz in Kooperation mit der Musikschule des Rhein-Pfalz-Kreises setzte mit dieser Initiative ein deutliches Zeichen für die Förderung der musikalischen Früherziehung in der Region.

Ein starkes Engagement für frühkindliche Bildung

Musikalische Früherziehung fördert die ganzheitliche Entwicklung von Kindern. Das Förderprojekt der Sparkassenstiftung hat in den vergangenen Monaten insgesamt 100 Boden-Rahmentrommeln im Gesamtwert von 22.000 Euro an Kindertagesstätten im gesamten Rhein-Pfalz-Kreis verteilt. Ziel des Projekts war es, den Kindern frühzeitig Zugang zur Musik zu ermöglichen, ihre Kreativität zu fördern und ihre sozialen Fähigkeiten zu stärken. Durch das gemeinsame Musizieren sollen die Kinder spielerisch lernen, sich auszudrücken und im Team zu agieren.

Begeisterung bei den Übergaben im gesamten Rhein-Pfalz-Kreis

Die Resonanz auf das Projekt war durchweg positiv. Bei den Übergaben in verschiedenen Städten und Gemeinden im Rhein-Pfalz-Kreis zeigte sich, wie begeistert die Kinder auf die Trommeln reagierten. „Musik verbindet und fördert die kindliche Entwicklung auf eine spielerische Weise“, erklärte Clemens Körner, Vorsitzender des Kuratoriums der Sparkassenstiftung. „Es ist beeindruckend zu sehen, wie die Kinder die Trommeln intuitiv nutzen und ihre Kreativität zum Ausdruck bringen.“

Auch Oliver Kolb, Vorstandsvorsitzender der Stiftung, betonte die Bedeutung des Projekts: „Die Förderung der musikalischen Bildung ist ein zentrales Anliegen unserer Stiftung. Wir freuen uns, dass wir so vielen Kindern im Rhein-Pfalz-Kreis die Möglichkeit bieten konnten, sich musikalisch zu entfalten und wichtige soziale Kompetenzen zu entwickeln.“

Ein nachhaltiges Projekt mit positiven Rückmeldungen

Das Projekt „Rhythmus der Zukunft: 100 Trommeln für kleine Talente“ hat deutlich gemacht, wie wichtig kulturelle Bildung für die frühkindliche Entwicklung ist. Die Trommeln sind weit mehr als einfache Instrumente – sie sind Werkzeuge, die die Kreativität, Motorik und soziale Interaktion der Kinder fördern. Die Rückmeldungen



Die Sparkassenstiftung und die Musikschule des Rhein-Pfalz-Kreises haben ein wegweisendes Projekt ins Leben gerufen. Die letzten Trommeln wurden von Clemens Körner (6.v.r.) im Rathaus in Waldsee übergeben. Foto: Sparkasse Vorderpfalz

aus den Kitas bestätigen, dass die musikalische Früherziehung durch die Trommeln eine bereichernde Rolle im Alltag der Kinder einnimmt. Die Erzieherinnen und Erzieher berichten von mehr Freude, Teamgeist und kreativem Ausdruck in ihren Gruppen.

Fazit: Ein nachhaltiger Erfolg für die musikalische Früherziehung

Das Förderprojekt der Sparkassenstiftung war ein voller Erfolg. Es hat nicht nur die musikalische Bildung in den Kitas des Rhein-Pfalz-Kreises

gestärkt, sondern auch ein wichtiges Zeichen für die Bedeutung der frühkindlichen Förderung gesetzt. Die leuchtenden Augen der Kinder bei den Trommel-Übergaben und die positiven Rückmeldungen der Betreuungspersonen zeigen, dass die Initiative

genau den richtigen Ton getroffen hat.

Mit der Abschlussveranstaltung in Waldsee geht ein Projekt zu Ende, das nachhaltig Spuren hinterlassen wird – im Takt und Rhythmus der kleinen Talente unserer Region.

Vielfältiger Katholikentag am Dom zu Speyer

Rund 1.500 Menschen feierten festlichen Gottesdienst / Mehrere Tausend Besucher erlebten umfangreiche Programmpunkte

SPEYER. Bei bestem Wetter waren am Sonntag zahlreiche Menschen nach Speyer gekommen, um gemeinsam unter dem Motto „Gemeinsam Segen sein“ den Katholikentag des Bistums Speyer zu feiern. Unter ihnen waren auch viele Mitglieder von Pfarren aus dem Bistumsgebiet, die sich in Gruppen mit Bus und Zug oder in einigen Fällen sogar mit dem Fahrrad auf den Weg in die Domstadt gemacht hatten.

Um 10 Uhr startete die sogenannte Kreativzeit mit einem vielfältigen Angebot im und um den Dom. Ob bei der Button-Maschine der Caritas, wo selbst gemalte Friedenssymbole in Buttons gepresst wurden, bei der Domrallye, der Erzählwerkstatt oder dem Programmpunkt „Bauen wir einen Turm!“ vom Judoverein Speyer – überall war eine besondere Energie und ein einzigartiges Gemeinschaftsgefühl spürbar. Zusammen wurden Kronen gebastelt und lebensgroße Segensbilder gestaltet, es wurde gesungen, fotografiert und gespielt. Die Kreativzeit diente aber auch der Vorbereitung auf den Gottesdienst, so konnten an einem Stand zum Beispiel die Fürbitten entwickelt werden, an einem anderen drehte sich alles um das Sonntagsevangelium.

Dr. Thomas Kiefer, verantwortlicher Organisator des diesjährigen Katholikentags und Hauptabteilungsleiter der Seelsorge war vom Erfolg des Vormittags erfreut: „Als eine ganz besondere Phase habe ich die so genannte Kreativzeit im Dom erlebt: Im Mittelschiff wurde gesungen, in

den Seitenschiffen bastelten Kinder mit den Eltern Holzkreuze oder goldene Königskronen, Jung und Alt malte oder gestaltete mit Legobausteinen Hoffnungsbilder. Im Dom ganz viel Lebendigkeit und Andacht zugleich. Und anschließend eine liturgische Feier, in die das alles einmünden konnte. Und mittendrin ein Bischof mit seiner Botschaft: der Speyerer Dom, ein Segensort für die Menschen.“

Rund 1.500 Menschen feierten anschließend im Dom gemeinsam Gottesdienst. Während des Einzugs berichteten verschiedene Gruppen von ihren Erfahrungen während der „Kreativzeit“ am Vormittag. Als besondere Gäste begrüßte Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Alexander Schweitzer, sowie weitere Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik und der Stadt Speyer. „Wir feiern diesen Gottesdienst in ökumenischer Verbundenheit“, sagte Wiesemann mit Blick auf die Teilnahme von Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst sowie weiteren Kirchenvertretern der Pfälzischen Landeskirche.

Ministerpräsident Alexander Schweitzer betonte: „Das Motto des Katholikentags, ‚Gemeinsam Segen sein‘, ist gerade in diesen Zeiten ein starkes Zeichen. Während wir an vielen Orten Spaltung und Hass erleben, setzt das Bistum Speyer auf das Gelingen und Gemeinschaft. Dieses Signal gibt Mut und strahlt weit über die katholische Kirche hinaus in die Gesellschaft. Das kirchliche Engagement ist eine wichtige Stütze, nicht



nur in der Seelsorge, sondern auch in der Zusammenarbeit mit dem Land und den Kommunen.“

Zu Beginn seiner Predigt ging Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann zunächst auf die „ungewohnte Gottesdienst-Situation“ ein, bei der die Gemeinde – anders als sonst – auch im Altarraum und auf dem Königschor Platz nehmen konnte. Es sei ein schönes Gefühl, so umringt zu sein, sagte der Bischof. Inhaltlich nahm er Bezug zum Domweihfest, das in diesem Jahr zusammen mit dem Katholikentag gefeiert wurde.

Die Architektur des Domes mit seinen gewaltigen Arkaden und Gewölben zeige die Vision Gottes für die Menschen, so wie Maria sie in ihrem Lobgesang, dem Magnificat, beschrieben habe: „Meine Seele preist die Größe des Herrn. Denn der Mächtige hat Großes an mir getan.“ Gerade die Kleinen und

Schwachen seien in den Augen Gottes groß und erhielten von Gott ihre unverlierbare Würde. „Mit Blick auf den zur Ehre Gottes errichteten Dom dürfen auch wir Menschen groß und erhaben fühlen“, sagte der Bischof. Die statische Konstruktion der Bögen, bei denen ein Stein den anderen stützt, zeige zudem auf die zeitgleich stattfindende Wahl in Brandenburg und die extremistischen Positionen. Deutliche Kritik übte Wiesemann an der Aussage eines hochrangigen AfD-Politikers, wonach Nächstenliebe bedeute, „sich um die Angehörigen des eigenen Volkes zu kümmern“. Ihr liege ein „völkisches Denken und ein „me first“-Egoismus zu Grunde. Eine solche ideologische Architektur sei jedoch nicht

tragfähig für die Zukunft. Der Dom entwerfe dagegen ein Bild der christlichen Grundwerte, die Miteinander und Solidarität förderten. Der romanische Kirchenbau zeige als Abbild des himmlischen Jerusalem das Geheimnis des Reich Gottes, eine Vision, die einem „Kraft und Liebe ins Herz gibt“, sagte Bischof Wiesemann am Ende seiner Predigt, für die er spontanen Applaus erntete.

Nach dem Gottesdienst bekamen die Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit, das Bischöfliche Ordinariat, seine Einrichtungen und die Verbände im Bistum kennenzulernen. An verschiedenen Orten rund um den Dom öffneten die Dienstgebäude ihre Türen für einen Blick hinter die Kulissen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten ihre Arbeit vor und kamen mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch. Auch die vie-



len aktiven Programmpunkte, wie eine Fotobox für Selfies mit einem Pappaufsteller von Bischof Wiesemann, Gummihuhngolf, Führungen durch den Peregrinus-Verlag, eine Rallye im Haus der Kirchenmusik oder „Post für dich“ sorgten für einen kurzweiligen Nachmittag.

Zu einer abschließenden Segensfeier füllte sich der Dom erneut bis in die letzte Bankreihe. Bischof Wiesemann blickte zusammen mit den Gläubigen zurück auf einen ereignisreichen Tag mit vielen Highlights. „Wir haben heute gemeinsam einen bunten und sehr lebendigen Katholikentag erlebt. Gerade in einer sehr schwierigen Zeit, wo viele uns totdenken, stehen wir als eine Gemeinschaft zusammen und gewinnen Kraft für das Zeugnis in der Welt. Wir sind Viele, die die Vision und die Sehnsucht des Reich Gottes gerade auch heute in uns tragen, die glauben, an Gott

und den Menschen.“

Über den Tag verteilt waren beim Katholikentag in Speyer mehrere Tausend Besucherinnen und Besucher in den einzelnen Gebäuden und rund um den Dom unterwegs. Allein im Dom wurden am Sonntag, 22. September, knapp 7.000 Menschen gezählt. Dr. Thomas Kiefer resümiert: „Mein Wunsch für den Tag war, dass möglichst Viele erfahren können, wie segensreich sich Menschen in unserem Bistum engagieren. Und am Ende des Tages hatte ich den Eindruck, dass viele Besucherinnen und Besucher beschenkt nach Hause gefahren sind. Und nicht wenige hatten mir das auch mit strahlendem Gesicht zurückgemeldet.“

Das Bistum Speyer feiert im Jahr 2030 die 1.000-jährige Grundsteinlegung des Doms. Bis dahin sind weitere Veranstaltungen im und um den Dom geplant.

Text und Fotos: Bistum Speyer

Plötzlich und unerwartet verstarb mein herzenguter Mann, Sohn, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

*Du bist nicht mehr da, wo Du warst.
Aber Du bist überall, wo wir sind.*



Peter Schwind

* 21. 9. 1959 † 20. 9. 2024

In stiller Trauer
Barbara Schwind geb. Rimmel
Rosemarie Schwind
Ruth Rimmel
Waltraud Frenzel
Kerstin Walter mit Familie
Mareike Lenz mit Familie

Wir danken heute schon allen, die sich im Rahmen der Trauerfeier von Peter verabschiedet haben. Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 27. September 2024, um 14.30 Uhr auf dem Waldfriedhof Schifferstadt. Kondolenzliste liegt auf. Die Urnenbeisetzung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt im engsten Familienkreis. Von Beileidsbekundungen bitten wir abzusehen.

Jahrgedächtnis.

Mit einer Anzeige
an liebe Menschen
erinnern.



Infos:

anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de
oder Telefon 06235/92690

Schifferstadter Tagblatt

Ihre Lokalzeitung in Schifferstadt. Seit 1905!

TRAUERANZEIGEN UND DANKSAGUNGEN



Bei der Gestaltung Ihrer Traueranzeige oder Danksagung berät Sie Ihr Bestattungsinstitut in unserem Namen sehr gerne.

Wir führen eine große Auswahl an Trauerkarten, Trauerdankkarten, Trauerbriefen und Sterbebilder. In der Anfertigung der Drucksachen sind wir schnell und zuverlässig.

Ihr Servicetelefon

0 62 35/92 69-0

Schifferstadter Tagblatt



Nutzen Sie das 4-Wochen-Archiv!



**Lesen Sie das Tagblatt
wann immer Sie wollen!**

**Als Abonnent für nur 2 Euro mehr oder mit
dem E-Paper-Abo für 25,50 Euro pro Monat!**

Sport

Politik

Weltgeschehen

Lokales



Einfach QR-Code scannen
und auswählen.

Sie kommen aus zeitlichen Gründen nicht immer dazu, das Tagblatt ausführlich zu lesen?

Kein Problem!

Die Tagblatt-Ausgaben sind vier Wochen lang im Archiv vorhanden und Sie können sie lesen, wo und wann immer Sie wollen!

Oder Sie laden die Ausgaben auf Ihr Smartphone, Tablet oder Ihren Computer herunter und lesen die Tagblatt-Ausgaben offline.

Als Print-Abonnent für nur 2 Euro mehr pro Monat oder abonnieren Sie das E-Paper für 25,50 Euro pro Monat.

Schifferstadter Tagblatt

Die Lokalzeitung für Schifferstadt.

Seit 1905. Ganz modern.